

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schles., Hoflieferant,
Gr. Gerberj.- u. Breitestr.- Gce.,
Otto Nickisch, in Firma
A. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortlicher Redakteur:
G. Wagner in Posen.

Redaktions-Sprechstunde
von 9-11 Uhr Vorm.

Mr. 287

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal,
an den auf die Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz
Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabekassen
der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Hundertunddritter Jahrgang.

Freitag, 24. April.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz Posen
bei unseren Agenturen, ferner bei
den Annonen-Expeditionen
K. Mosse,
Haasestein & Vogler A.-G.,
S. C. Danbe & Co.,
Invalidendank.
Berantwortlich für den Inseraten-
theil:
W. Braun in Posen.
Fernsprech-Anschluß Nr. 102.

Inserate, die schrägespaltete Zeitzeile oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., auf bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1896

Deutscher Reichstag.

75 Sitzung vom 23. April, 1 Uhr.

(Nachdruck nur nach Ueberreinkommen gestattet.)

Die Peroration der Intervallation der Ko-sessiven über
die Verordnung des Bundesrathes betr. den Maximal-
arbeitsstag in Bäckereien wird fortgeleget.

Abg. Dr. Vielhaben (Antl.): befähigt die Verordnung des
Bundesrathes als einen Ausfluss der heutigen volkswirtschaftlichen
Lehren, die sich immer weiter vom praktischen Leben
entfernen und die Bedeutung eines gesunden Mittelstandes ver-
lennen. Die Arbeit in den Bäckereien sei weit gefünder als die in
Fabriken. Die Reichsregierung habe die Sache am falschen Ende
angefangen. Redner polemisiert sodann eingehend gegen die Sozial-
demokratie.

Präsident v. Buol bittet den Redner bei der Sache zu bleibten.

Abg. Dr. Vielhaben (fortfahrend) führt aus, daß die Bäcker
sich am allerwenigsten zu Versuchsobjekten eigneten. Die Bäcker-
gesellen hätten sich in der Mehrzahl gegen die Verordnung erklärt,
hieraus gehe schon hervor, daß diese Maßregel nicht nothwendig
ware. Heute kämpft der Handwerker schwer um seine Existenz,
da soll man ihn nicht noch mehr schwächen. Die Bäcker er-
freuen sich alle einer besonderen Gesundheit, es fehlt jede
Unterlage für die Behauptung, daß ihre Arbeit eine un-
gewöhnlich schwere ist. Wenn man, wie Herr von Bölt-
ticher, sagte, zuerst die Schäden im Bäckergewerbe beseitigen
will, so ist das ebenso thöricht, als wenn ein Arzt im Laza-
reth zuerst die leichten Katarrhe und dann erst die Typhuskranken
zu hellen versucht. Herr v. Bötticher hat mich nicht davon über-
zeugt, daß im Bäckergewerbe baarskränkende Zustände herrschen.
Da glaube ich noch eher Herrn Bebel, daß in der Armee schlimme
Mühände vorhanden sind. Die Sozialdemokratie sind natürlich
für die Verordnung, weil sie die Bäckermeister ruhmen wollen,
denn erst wenn der Mittelstand verschwunden ist, können die
Sozialdemokratie zur Herrschaft kommen. Der Mittelstand aber
ist das Rückgrat des deutschen Reiches. Die Bäckermeister werden
sich ebenfalls an diese Verordnung gewöhnen, als sich die Kauf-
leute an die Sonntagsruhe gewöhnt haben, in jeder Versammlung,
in der der Mittelstand vertreten ist, wird über die Sonntags-
ruhe gellagt. Möge der Bundesrat diese Verordnung bald wieder
aufheben.

Abg. Richter (Fr. Vpt.): Solche welschlichen Verhandlungen
haben wir vorausgesehen, und deshalb bei der Gewerbenovelle 1891
gegen Erteilung einer Vollmacht an den Bürdisatz zu solchen
Verordnungen gestimmt. Wir beantragten damals, daß die Ver-
ordnungen nicht bloß zur Kenntnisnahme dem Reichstage mits-
geheilt werden sollten, sondern auch mit dem Recht, dieselben
wieder außer Kraft zu setzen. Wir erklärt damals, unter Um-
ständen für einen Maximalarbeitsstag eintreten zu können, wo ge-
sundheitliche Interessen in Frage kommen, aber unser Redner, Dr.
Guttmach, süßte aus, daß bei allen diesen Fragen wirtschaftliche
und gesundheitliche Verhältnisse derart in einander überspielen, daß
eine Scheidung als Grundlage für ein Verordnungsrecht nicht
möglich ist. Die Novelle zur Gewerbeordnung legt dem Bundes-
rat nur das Recht, nicht auch die Pflicht auf, solche
Bestimmungen im Verordnungswege zu erlassen. Gegen den
Verordnungswege sprechen auch Zweckmäßigkeit gründe. Die
Verhandlungen des Reichstages thun bar, daß die große
Mehrheit desselben nicht überall auf dem Boden dieser Ver-
ordnung sieht. Das wird die Durchführung derselben gewiß
nicht erleichtern, zumal sich auch von den 33 Verbänden der
Meister, welche vernommen wurden, 30 gegen die Bestimmungen
erklärt haben, und von den 38 Gewerbeverbänden 16. Bei Gesetzes-
vorlagen wird schon durch die parlamentarische Behandlung das
Verständnis erleichtert, während die Verhandlungen der staatslichen
Kommission über enge Kreise nicht hinaus bringen. Der Weg der
Verordnungen belässt auch den Spielraum für den Inhalt der
Bestimmungen. Man darf beispielweise nicht an den Bestimmungen
der Gewerbeordnung in Betreff der Sonntagsruhe röhren und
dies mag auch die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit für die
Woche anstatt für einzelne Tage verhindern. In der Sache selbst
war es mir bewußt, daß die Konservativen sich jetzt derart
der Bäcker annehmen, nachdem sie längere die Vorstellung ver-
breitet, daß die Bäcker es angeblich verhinderten, aus billigem Ge-
treide auch billiges Brot zu backen. (Sehr richtig! links.) Die
Bäcker wurden aus sehr angelehnetem Mund als die reichen Leute
hingestellt, denen man nur auf die Tasche zu klopfen brauche, um
die harten Thaler heraustanzeln zu lassen. (Hellerkett und Befall.)

Heute hören wir von der rechten Seite Ausführungen gegen neue
Zwangsbestimmungen, die, wenn sie von unserer Seite getragen
sind, man mit der Phrase des Menschenfeinds abschaffen zu können
glaubt. Das kann nicht so weiter gehen, sagt man jetzt auf der rechten
Seite. Es ist auch nicht zu leugnen, daß sich in jenen Parteien
selbst eine wachsende Strömung geltend macht gegen weitere Ein-
schränkungen des Erwerbslebens und Zwangsbefreiung von oben.
Diese Strömung wird noch stärker werden, wenn man erst die prakti-
schen Folgen wahrnimmt jener Gesetze, die gegenwärtig hier der
Beratung entgegen stehen. Wir verwirken ja in
wirtschaftlichen Dingen durchaus nicht jede Un-
bewußtung von Zwang, wir verlangen aber, daß
bevor man einen Zwang anwendet, man den un-
zweckhaften Nutzen derselben beweist, einen Nutzen,
der diejenigen Nachtheile überwiegt, die von jedem Zwangsein-
greifen unzertrennlich sind. Mit der Sozialdemokratie werden wir
uns auf diesem Gebiete nie verständigen, denn ihr Wesen ist die
Zwangorganisation, und sie fragen nicht nach der Aufrechterhal-
tung selbständiger Privatbetriebe, weil sie die Privatbetriebe über-
haupt nicht für berechtigt halten. Für die Sozialdemokratie sind
dies Alles nur Nebengesetze zum sozialistischen Staat.
Was den Inhalt der Verordnung betrifft, so wider-
strebt es mir, viel zu reden, wo wir nichts zu sagen haben. Ich
will weder mich noch meine Partei im Einzelnen festlegen; gegen-
wärtig hat dies gar keinen Zweck. Nur einige Randglossen zu
Neuerungen, die hier gefallen sind. Minister v. Bötticher sagte,
die Verordnung finde nur auf 47 Proz. der Bäcker Anwendung,

wieß 53 Proz. ja auch gegenwärtig keine höhere Arbeitszeit haben,
als in der Verordnung angelegt ist. Aber auch diese 53 Proz. werden
den ollen Kontrollbestimmungen der Verordnung unterworfen. Den
Bäckern widerstrebt in erster Reihe, weit mehr als die Verkür-
zung der Arbeitszeit, daß der Schuhmann in die Backstube kommt und die Durchführung der Bestimmungen zu allerlei
Denunziationen und Streitigkeiten zwischen Meister und Gesellen
Anlaß gibt. Unzweckhaft sind in den Bäckereien große Nebelstände vor-
handen, Nebelstände, welche theilweise nicht einmal durch diese Ver-
ordnung berührt werden. Die älteren Bäuerin in der überlangen
Arbeitszeit können diese nicht entschuldigen, denn Jeder hat das
menschliche Bedürfnis einer gewissen ununterbrochenen Ruhezeit.
Aber auch von den 47 Proz. Bäckereien, in denen eine längere
Arbeitszeit gegenwärtig besteht, haben sich 20 Proz. ohne weiteres
bereit erklärt, kürzere Arbeitszeit einzuführen. Die öffentliche Blok-
kierung der Mühände in den Bäckereien durch die amtlichen Er-
begründungen würde schon alle Bestrebungen zur freiwilligen Besse-
rung mächtig unterstützen. Statt dessen hat man von vorn
her ein in der Kommission die Richtung auf den Erfolg von Zwangs-
bestimmungen genommen, und dadurch die Beteiligten von vorne
bereit gegen Änderungen in ihrem Betrieb aufgebracht. Auch die
Bäcker hat große Fortschritte in der letzten Zeit gemacht und
würde noch mehr gemacht haben, wenn man nicht von Seiten der
Regierung und der Konservativen die Innungen fortgesetzt abge-
lehnt hätte auf falsche Wege, wie Innungswang und Beschlagnahme-
nachweis. Solche Erklärungen werden den notwendigen Fort-
schritt im Bäckergewerbe nicht fördern, sondern umgekehrt hemmen.
(Sehr richtig!) Uebrigens stehen nicht alle Innungen auf dem
zünftlerischen Standpunkt, beispielweise nicht die Konfördia. Herr
v. Berlepsch sagte, in Wahrheit sei ja selbst ein Arbeitstag von
16 Stunden nach der Verordnung zulässig. Wenn das richtig ist,
so hätte es doch näher gelegen, sich auf die Bestimmung einer
Minimalarbeitszeit von 8 Stunden zu beziehen. (Sehr richtig!
links.) Statt dessen hat man Maximalarbeitszeit und Minimal-
arbeitszeit mit einander verbunden, die Zeitteilung von 24 Stunden
nabezu festgelegt und hierdurch die Berücksichtigung besonderer
Verhältnisse und die Aussführung der Verordnung nur erschwert.
Die Verordnung enthält soviel Ausnahmen, und von den Aus-
nahmen wiederum Ausnahmen, daß jeder Bäcker einen Syndikus
nötig hätte, um die Verordnungen überall richtig verstehen zu
können. Vom Regierungstisch aus sagt man, es handele sich nur
um ein Experiment und eine Verordnung lasse sich leicht wieder
abändern; aber sonst experimentiert man doch nur an toten Körpern,
nicht an lebendigen Organismen. (Sehr richtig! links.) Wenn die
Regierung in Bezug auf die Wirkung noch unsicher war, so hätte
sie sich doch zunächst jedenfalls auf das Einfachste und Notwendigste
beschränkt sollen, und nicht ein Gefühl großer Rechts-
unsicherheit in weite Kreise tragen. Besonders ist doch die
Arbeiterkommission mit den Verhältnissen auch einer großen Zahl
anderer Gewerbe! Ueberall sieht man sich der Möglichkeit gegenüber,
durch Erlass einschränkender Verordnungen derart überrascht
zu werden. Ich ziehe aus den Verhandlungen wenigstens den
Schluß, daß, wenn es sich weiterhin um solche Beschränkungen für
große Gewerbszweige handelt, die Regierung den Weg der ordent-
lichen Gesetzgebung beschreiten möge. (Befall.)

Abg. Graf v. Bismarck (bei seiner Partei): Uns haben drei
Punkte zur Einbringung der Interpellation veranlaßt, rechtliche
Bedenken, Bedenken gegen den Maximalarbeitsstag und das Prinzip
und drittens die Rücknahme auf die beteiligten bedrängten
Kreise. Mit Bezug auf den ersten Punkt kann ich mich nur den
Ausführungen anschließen, die der Vorredner mit so viel Sach-
kunde und Überlegung vorgetragen hat. Ich halte seinen Stand-
punkt durchaus. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die
Herren, die am grünen Tisch sitzen und die Freude oder Nicht-
freude haben, zu regieren, sollten sich doch hüten, durch solche Ver-
ordnungen Unzufriedenheit in weiten Kreisen zu erregen. Die Be-
hauptung der Regierung, daß die kleinen Bäckereien nicht getroffen
würden, ist nicht zutreffend, weshalb sind denn gerade von den
Kleinmeistern so viele Petitionen gegen die Verordnung eingegangen?
Nicht nur Meister, auch Gesellen sind mit der Ver-
ordnung unzufrieden. Die Statistik beweist, daß das Bäckergewerbe
eins der gesündesten Handwerke ist. Es ist gesagt, man
gewöhne sich an alles, gewiß gewöhnt der Einzäugte sich an seinem
einen Auge und der Einarmige an seinen einen Arm, aber keiner sieht
doch freiwillig der Verkürzung aus; und die Bäcker glauben
mit Recht, daß ihr Gewerbe durch die Verordnung verkrüppelt
wird. Es lag mir kein Anlaß zum Eingreifen für den Bundesrat
vor, wenn man den Handwerkern helfen will, so soll man ihnen
endlich die noch immer vorbehaltene Organisation geben. (Sehr
richtig! rechts.) Die Herren der Herren v. Bötticher und Berlepsch
finden gestern von dem lebhaften Befall der Sozialdemokratie be-
gleitet worden, hieraus kann man doch schon erkennen, daß die Re-
gierung auf dem falschen Wege ist. Der Abg. Bebel lagte vor
einigen Tagen: Die Sozialdemokratie leben von den Fehlern ihrer
Gegner! Hier liegt nun zweifellos ein solcher Fehler vor. (Sehr
richtig! rechts.) Der Minister von Berlepsch sagte, der Weg der
Verordnung sei gewählt, weil eine Verordnung leichter aufgehoben
werden könnte. Nur wohl, möge die Regierung nicht sätzen, dies
zu thun. (Befall rechts.)

Handelsminister Führ. v. Berlepsch: Die Herren, die früher
der Gewerbeordnung zugestimmt haben und heute gegen die Ver-
ordnung sind, treten einen Rückzug an, während die Regierung auf
ihrem Standpunkt stehen geblieben ist. (Abg. v. Bismarck ruft:
Ich war damals noch nicht im Reichstag!) Das habe ich auch
nicht behauptet. Früher haben alle Redner der konserватiven
Partei den allgemeinen Maximalarbeitsstag für eine unentbehrliche
Sache erklärt, ja ein Redner hat sogar erklärt, daß ihm ein s-
ittiger Maximalarbeitsstag noch nicht genüge. (Hört, hört! bei den
Sozialdemokraten.) Heute macht man der Regierung einen Vor-
wurf daraus, daß sie in die inneren Verhältnisse der Bäckereien
eingreifen wollte, und wie war es denn vor drei Wochen bei der
Beratung über die Interpellation betrifft der Mühände in der
Konfektionsbranche? Da rief man der Regierung zu; Hier steigen
schreide Mühände vor, hier muß etwas geschehen, darum thut
Ihre Schuldigkeit! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und

im Centrum.) Wenn man nun heute die Kommission für Arbeiter-
statistik und die Regierung angreift, weil sie etwas zur Besetzung
offenkundiger Mühände gehabt hat, so ist das doch ein so be-
schleunigter Rückzug, wie er mir noch niemals vorgekommen ist.

Es ist gesagt worden, jetzt sei kein Stand mehr vor Verord-
nungen des Bundesrathes sicher. Aber darum handelt es sich doch
gar nicht, sondern nur darum, die Bestimmungen der Gewerbe-
ordnung, die mit Zustimmung des ganzen Reichstages zu Stande
gekommen sind, durchzuführen. Es genügt doch nicht nur, schöne
Reden zu halten und schöne Paragraphen zu machen, nein, man
muß doch auch endlich einmal den ersten Schritt zur Erfüllung
der Paragraphen machen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das
ist seitens der verbündeten Regierungen geschehen, und so lange ich noch einen Finger rütteln kann, werde ich auf
diesem Wege fortfahren. (Befall bei den Sozialdemokraten.) Es
ist vielfach darüber gesagt worden, daß auch im Handelsgewerbe
Mühände vorliegen, und daß namentlich die jugendlichen und die
weltlichen Arbeitskräfte häufig ausgebaut werden. Hier kann der
Bundesrat nicht im Verordnungswege einschreiten, da kommen
Sie daran! Da müssen Sie Ihre Meinung kundgeben, welche
Bestimmungen in Bezug des Gesetzes zu machen sind. Ebenso ist es
mit den Kellnern und den Angestellten im Verlehrsgewerbe. Für
das Kellnergewerbe hat die Kommission für Arbeiterstatistik die Sache
schon angefaßt. Daß die Verordnung überraschend gekommen ist,
kann man doch nicht sagen, die Verhandlungen des Reichstags über
die Gewerbenovelle sind doch veröffentlicht worden, desgleichen die
Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission für Arbeiterstatistik.
Der Abg. Graf Bismarck hat vom „grünen Tisch“ gesprochen. Wenn
man ohne Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse Gesetze erlässt,
ist dieser Vorwurf berechtigt. Aber hier hat man eine große, zwöl-
jährige Arbeit vorgenommen, hat Fragebogen nicht nur an die Be-
hörden, sondern auch an die Beteiligten erlassen, hat zahlreiche
Auskunftsvergaben vernommen und sich nach jeder Richtung be-
müht, die einschlägigen Verhältnisse kennen zu lernen. Da kann
man doch nicht vom grünen Tisch sprechen. Man wird doch nicht
verlangen, daß die Regierung aus lauter Bäckern besteht! (Herr-
schaft.) Es ist aber in der letzten Zeit Mode geworden, von jedem
Gesetz, das einem nicht paßt, zu sagen, es sei vom grünen Tisch
aus erlassen. Auch der antisemitische Redner hat ja in hohen
Tönen diese Meinung ausgesprochen und gemeint, der Bundesrat
habe die Sache vom falschen Ende angefaßt. Aber dieser Vorwurf
ist in keiner Weise berechtigt. Es handelt sich hier gar nicht um
eine grundsätzliche Frage von großer volkstümlicher Bedeutung, diese
ist bei der Beratung des § 120s der Gewerbeordnung zum Aus-
trag gekommen. Die Regierung kann weder die rechtl. Be-
denken, die hier geäußert sind, für richtig erklären, noch zugeben,
daß durch die Verordnung die kleinen Bäckereien benachteiligt
werden. Die Regierung ist unentwegt der Meinung, daß die Vor-
schriften des Bundesrathes mit Recht nicht angefochten werden
können. (Gebrochener Befall bei den Sozialdemokraten und im
Centrum.)

Abg. Röscke (wildliberal) führt aus, wunderbar sei es, daß
die Konseriativen über polizeiliche Maßregeln sich beklagen. Ich
stelle fest, daß Graf Bismarck und Abg. Richter derselben Ansicht
sind. Sehr oft ist das noch nicht vorgekommen. Nicht richtig ist es,
wenn man sagt, die prinzipielle Frage sei noch nicht entschieden.
Die damaligen Verhandlungen ergeben, daß man einen Normal-
arbeitsstag im Auge hatte. Es ist in der Bäckerei schwer, eine be-
stimmte Arbeitszeit festzulegen wegen der eigentümlichen Ver-
hältnisse, doch darf man nicht vor der Regelung zurücktrecken,
weil einzelne Verlönen geschädigt werden. Wer Sozial-Politik mit
zugeknöpften Taschen treiben will, der bleibe lieber davon. Der
Kleinbetrieb ist ja in der Bäckerei vorherrschend, aber 64 Prozent
dieser Betriebe arbeiten schon jetzt weniger als 12 Stunden.
Gerade die Großbetriebe und die mittleren Betriebe haben eine
übermäßige Arbeitszeit. Bis zu einem gewissen Grade läßt sich
auch im Bäckergewerbe dasselbe Pensum wie früher in einer
kürzeren Zeit leisten. Der Einfluß des Koalitionsrechts der
Arbeiter kann sich gerade bei der Bäckerei schwerer als in anderen
Gewerben gegen die Arbeitgeber geltend machen. Ich gebe dem
Abg. Richter zu, daß es vielleicht besser wäre, eine
Minimalarbeitszeit festzulegen, aber die Einigung hierüber wäre
schwer zu erzielen gewesen. Daß die Bäckerei der Volkstaufschwung
unterworfen ist, bedauert ich, aber schon lange steht die Industrie
unter Volkstaufschwung, und ich wünsche, daß wir mehr Fabrikarbeiter
hätten, um den Organen der Politik, die nicht sachverständig
sind, entzogen zu sein.

Hierauf wird die Besprechung geschlossen.
Abg. Hüpeden (b. f. Fr.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß
er die Schwung der konseriativen Partei nicht mitgemacht habe.
Es folgt die Beratung von Wahlprüfungen.

Zunächst wird vom Abg. Brandenburg (Fr.) die Wahl des
Abg. Wamhoff (Osnabrück) referiert. Abg. Wamhoff, inzwischen
wiedergewählt, hatte noch vor der Verabschiedung sein Mandat
niederlegt. Die Kommission beantragt, durch die Mandats-
niederlegung die Wahl für erledigt zu erklären, zugleich aber den
Bericht mit den Alten dem Reichskanzler zu überweisen.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antl.): führt Klage
darüber, daß der Mann, dem man als Prototypführer die Wahl
fälschung in den Listen (Änderungen von Wählernamen) zur Last
gelegt habe, bei der erneuten Wahl Wahlvorsteher gewesen sei.
Der frühere Wahlvorsteher Wittenberg in Osnabrück, der zwar nicht
wegen Wahlfälschung, aber wegen Freiheitsberaubung verurteilt
worden sei, laufe noch immer freihum und es gebe das Gerücht,
daß er, der mächtige Freund habe, jetzt ein Gnadenengel ein-
gereicht habe. Redner verlangt schließlich vom preußischen Kultus-
minister, daß er den in die Wahlumtriebe hineingezogenen Lehrer
Tyrok vor weiteren Verfolgungen der Behörden in Schutz nehme.

Abg. v. Holleußer (konf.): Der Gemeindevorsteher Witten-
berg ist durch ein gerichtliches Erkenntnis ausdrücklich von der
Ansage der Wahlfälschung freigesprochen worden. Im Niedrigen
ist ja die Frage irrelevant, da Herr Wamhoff inzwischen sein
Mandat niedergelegt hat. Wir können deshalb nur der ersten Re-
solution zustimmen, nicht aber der zweiten.

Abg. Frhr. v. Hodenberg (Wils) schließt sich den Ausführungen des Abg. Liebermann v. Sonnenberg an.

Abg. Dr. v. Marquardsen (nl.) führt aus, Abg. Liebermann von Sonnenberg hätte wohl anders gesprochen, wenn die Wahl in Österreich anders ausgetragen wäre.

Abg. Singer (Soz.) erklärt darin, daß der Landrat dem Reichstag ein Kreditblatt die Aufnahme von Anzeigen einer bestimmten Partei verbietet, eine ungehörige Wahlbeleidigung, in Folge dessen war eine Wahl für ungültig erklären müsse.

Abg. Gamp (Apt.) hält es für ungehörig, Angriffe gegen einen nicht anwesenden Beamten zu richten.

Abg. Spahn (Cir.) betontet es nicht für zweitmäßig, über welche Resolutionen der Kommission getrennt abzustimmen.

Noch weiteren Ausführungen der Abg. Frhr. v. Hodenberg, Liebermann v. Sonnenberg und v. Strombeck (Cir.) schließt die Debatte.

Da nach Schluß der Diskussion der Berichterstatter Abg. Brandenburg nochmals ein kurzes Referat erstattet, beschwert sich

Abg. Gamp über diese angebliche Übertretung der Geschäftsordnung.

Vizepräsident Schmidt weist auf die Bestimmung der Geschäftsordnung hin, nach welcher der Referent zu Beginn und am Schluß der Debatte das Wort erhält.

Abg. Gamp: Der Präsident hat mich mißverstanden, diese Bestimmung war mir selbstverständlich bekannt. Ich hatte nur gewünscht, daß der Referent sein Referat vorher gehalten hätte, damit man in der Diskussion darauf Bezug hätte nehmen können.

Vizepräsident Schmidt bemerkt, daß der Berichterstatter auch vor der Diskussion ein Referat erstattet hätte. (Heiterkeit.)

Hierauf werden beide von der Kommission beantragten Resolutionen angenommen.

Es folgt der Bericht über die Wahl des Abg. Colbus (Elsässer). Gegenüber dem Beschuß der Kommission, welche die Wohl für gültiger erklärt beantragten die Abg. Bebel und Singer die Ungültigkeitserklärung.

Abg. Fischer (Soz.) begründet den Antrag auf Ungültigkeitserklärung, da bei der Wahl zahlreiche politische Beleidigungen zu Tage getreten seien.

Abg. Winterer (Els.) tritt für die Gültigkeitserklärung der Wohl ein. Der sozialdemokratische Kandidat habe sich wegen Nichterfüllung der gesetzlichen Formalitäten die Konsolidation seiner Wahlblätter seines zu zuschreiben.

Abg. Bassemann (nl.) befürwortet die Gültigkeitserklärung der Wohl, da die anstößigen Wahlbeleidigungen so groß gewesen seien, daß dadurch das Resultat ein vollkommen anderes geworden sei.

Abg. v. Holleußer (cons.) erklärt, daß seine Partei für die Gültigkeit der Wahl stimmen werde, da durch die Verfehlung das Resultat doch nicht geändert wäre.

Abg. Bebel (Soz.) weist darauf hin, daß der Antrag auf Ungültigkeitserklärung sich nicht gegen die Person des Abg. Colbus oder seine Fraktion richtet, sondern nur die notwendige Konsequenz der konstitutionellen Wahlbeleidigungen sei.

Abg. Gamp (Deutschpartei) erläutert zu, daß bei dieser Wahl einige bedeutsame Vorfälle vorgekommen seien, aber das Resultat der Wahl ist hierdurch noch nicht beeinflußt worden.

Abg. Spahn (Cir.) beantragt, die Wahl des Abg. Colbus noch einmal an die Wahlprüfungskommission zurückzuverweisen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) mißbilligt die Tendenzen, die die Verbündeten bei dieser Wahl bestätigt hätten, man sei darauf ausgegangen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Agitation der Sozialdemokraten zu verhindern. In einem solchen Fall aber müsse der Reichstag ein Machtwort sprechen und die Wahl für ungültig erklären.

Abg. Dr. v. Pannigsen (nl.) beantragt ebenfalls, die Wahl an die Kommission zurück zu verweisen.

Abg. Bebel zieht im Interesse dieses Antrages den sozialdemokratischen Antrag zurück.

Der Antrag Spahn-Dr. v. Pannigsen auf Zurückverweisung der Wahl an die Kommission wird einstimmig angenommen.

Hierauf verlagert sich das Haus.

Präsident v. Buol schlägt vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung Wahlprüfungen und die zweite Lesung des Börsen-gelezes zu legen.

Auf Antrag des Abg. Gamp wird das Börsengefetz von der Tagesordnung abgesetzt. In der nächsten Sitzung am Freitag 1 Uhr werden also nur Wahlprüfungen beraten werden.

Schluß 5^h.

Breitbacher Landtag.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung vom 23. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Niederschriften gestattet.)

Der Gesetzentwurf, betr. die Ergänzung der Städteordnung für die Provinz Westfalen und die Rheinprovinz wird in dritter Verhandlung ohne Debatte angenommen.

Daraus wird die erste Verhandlung der Kreditvorlage fortgesetzt bei dem Thell, der zum Bau landwirtschaftlicher Getreidelagerhäuser 3 Millionen Mark bereit stellt.

Abg. v. Wendel-Steinfels (cons.) führt aus, daß die niedrigen Getreidepreise nicht ihren Grund haben in der Überproduktion, sondern vielmehr in den Auswüchsen des Zwischenhandels und der doloßen Spekulation an der Börse. Redner dankt der Regierung für den Versuch, mit den Kornhäusern eine gesunde Kreisbildung herzustellen. Viel werde ja durch die Maßregel nicht erreicht werden, dauernde Hilfe werde der Landwirtschaft nur durch den Antrag angenommen und durch ein Börsengesetz mit Verbot des Terminhandels erwachsen. Damit die Errichtung der Kornhäuser wirklich prosperieren kann, hält Redner einen billigeren Lombard durchaus für nötig; er hofft in dieser Beziehung auf die Unterstützung durch die preußische Centralgenossenschaftslosse rechnen zu dürfen; auf die Reichsbank zu hoffen hätten die Landwirthe wenig Lust. Ferner seien günstige Voraussetzungen für die Kornhäuser zu fordern, und es sei wünschenswert, daß der Staat sein Geschäft damit mache. Redner spricht die Erwartung aus, daß der Kriegsminister den Betarf des Heeres nur aus deutschem Getreide deckt, damit nicht unter Heer durch die Zwischenhändler mit ausländischem Getreide versorgt werde. Zur Verhütung einer ungeliebten Spekulation sei auch vor allem nötig, daß wir von einer Erweiterung der Warrantgesetzgebung nach dem Muster von Amerika und England bereit bleibten. Redner hofft, daß die Regierung die Bedingungen für eine gute Entwicklung der Kornhäuser erfüllen werde. (Wettsch. rechts.)

Abg. Herold (Cir.) sieht der Vorlage sympathisch gegenüber, erwartet aber davon nicht allzu viel Vorteile für die Landwirtschaft. Redner beantragt, die Vorlage an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. v. Tiedemann-Bomst (nl.): Die Stellung meiner politischen Freunde zu der Vorlage unterscheidet sich nicht wesentlich von der der beiden Vorredner. Wir beantragen, die Vorlage an die Budgetkommission zu verweisen. Wir sind bereit, den Versuch, den die Regierung hier vorlegt, mitzumachen, wir stehen der

Soche nicht entthusiastisch gegenüber, wir betrachten das nur als einen interessanten Besuch, aber nicht als eine der Landwirtschaft zu schädende Abschlagszahlung. Es giebt kaum eine Frage, über die die Ansichten so weit auseinandergehen, wie über diese.

Was die Frage des Lombardverkehrs betrifft, so muß ich in dieser weitesten Kreditgewährung an Landwirthe noch eine große Gefahr sehen, denn der Lombardkredit ist nicht der billigste und erleichtert das Schuldenmachen. Gerade für den kleinen Landwirth kommt es aber wesentlich darauf an, daß er fleißig arbeitet und solide und sparvoll wirtschaftet. Ich muß mich auch gegen eine weitere Ausdehnung des Warrant-Verkehrs aussprechen.

Wenn die Lagerhäuser ein neues Objekt für die Börsenspekulation werden, so würde allerdings ein Preisdruck eingesetzen, und es wird der Landwirth dabei den Kürzeren ziehen. Aber sonst glaube ich nicht, daß die Kornhäuser preisbrechend wirken werden, denn wenn die vorhandenen Vorräthe in den Kornhäusern sind, so wird dadurch größere Klarheit geschaffen, und dadurch wird das Geschäft solidier.

Wenn gegen diesen Versuch gelingt, die Kornhäuser können nur den Großgrundbesitzer zu Gunsten, so bemerke ich, daß sie für den kleinen Besitzer viel wertvoller sind, als für den großen. Denn der Letztere kann viel eher waggonweise Getreide verladen, und er erzielt dabei bessere Preise als der Kleine, der das nicht kann. Für alle Gegenden werden diese Kornhäuser nicht angebracht sein, und es muß daher die Initiative zur Errichtung solcher Häuser den einzelnen Gegenden überlassenbleiben.

Für Bremen würden die Kornhäuser weniger willkommen sein, da dort eine große Zahl von Mühlern haben, die ähnlich wirken, wie diese Speicher würken sollen. Zur Uebernahme und Förderung dieser Speicher dahe ist für am geeigneten Genossenschaft oder aber auch Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht. Ich möchte noch die Frage aufrufen, ob es nicht möglich wäre, den Kornhäusern billigere Eisenbahntarife zu gewähren. Das wäre leicht möglich in solchen Fällen, in denen Bühne leer zurückfahren, die dann von den Kornhäusern Fracht aufnehmen könnten. Bemerkenswerte ich sah jedoch noch, daß die Kornhäuser auch die Verproviantierung der Armee im Frieden sehr erleichtern würden.

Abg. Frhr. v. Eiffa (cons.) stimmt der Vorlage zu, weil man jeden Versuch, der Landwirtschaft zu helfen, mit Freuden begrüßen müsse, und weil sonst die Gefahr noth liege, daß der Handel sich der Sacke bemächtigen und das Deutsche Reich mit einem Netz von Säcken überziehen würde. Wenn die "Biel. Blg." gesagt hat, daß diese Getreidehäuser nichts als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft darstellen, so ist das durchaus falsch. Das Blatt ist hier als Organ des Schutzverbundes gegen die Agrarier aufgetreten und hat nur die Ansichten des Präsidenten dieses Vereins, des Herrn Richter vertreten. (Abg. Richter: Das bin ich gar nicht, ich gehöre diesem Verein garnicht einmal an, da haben Sie sich einmal schön getroffen!) Aus der Polemit des Abg. Richter in der "Frell. Zeitung" gegen diesen Verein habe ich annehmen müssen, daß Sie der Präsident desselben seien. Im Übrigen habe ich nach Ihrem sonstigen wirtschaftlichen Verständnis nicht vermuten können, daß Sie diesem Verein nicht angehören. (Heiterkeit rechts.)

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein gibt zunächst einen historischen Rückblick über die Entstehung der Vorlage. Der Gedanke, Kornspeicher zu errichten, die den Zweck haben sollen, den Zwischenhandel zu befehligen, komme von Herrn v. Graf-Klinan hier. Im Neurigen sei die Regelung in den Grundgedanken der Vorlage durchaus selbstständig vorgegangen. Was das Warrant-System betrifft, so werde er, der Minister, mit aller Energie der Ausbreitung der Warrantgesetzgebung entgegentreten. Bezüglich der Börsenreform würde in allerndächster Zeit Klarheit geschaffen werden, und es sei zu erwarten, daß die Beschlüsse des Reichstages ein für die Landwirtschaft pünktiges Ergebnis haben werden. Der Minister legt dann ausführlich die Vertriebs- und Verwaltungsvorstellungen der Kornhäuser dar und spricht die Hoffnung aus, daß auch die bisherigen prinzipiellen Gegner die Vorzüge der Vorlage anerkennen werden.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Finanzminister Miquel erklärt, daß der Staat kein Geschäft mit den Kornhäusern zu machen beabsichtige, daß er gegen eine angemessene Bucht dieselben überlassen werde, und daß er aufzukrieden sei, mit einer nötigen Verzinsung des Anlagekapitals. Das Ministerium gegen die Reichsbank hinsichtlich des Lombards sei nicht begründet, da dieselbe bisher bereit war zu Lombardieren. Ob die Centralgenossenschaftslosse in der Lage sein werde, den Lombard zu gewähren, werde abhängen von der Entwicklung dieses Instituts und der Höhe der Mittel, über welche sie verfügen werde. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr. v. Eiffa darüber erfreut habe, daß die Vorlage von der linken Seite als eine Liebesgabe für die Landwirtschaft bezeichnet worden, so sei er gern bereit, den Ausdruck für unzutreffend zu erklären, und die Vorlage als ein kleines Trinkgeld für die Landwirtschaft zu erklären. Redner erklärt die Vorlage für außerordentlich einseitig, indem sie nur für die Landwirtschaft sorge, während doch auch andere Berufsklassen, z. B. das Handwerk, dieselben Ansprüche erheben könnten.

Abg. Brömel (Frell. Blg.): Man kann in der Vorlage einen Versuch erkennen, durch Selbsthilfe die Lage der Landwirtschaft zu bessern. Vom Staate ist überhaupt eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft nicht zu erwarten. Dagegen ist die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens einer der Glanzpunkte in unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn man sich immer so erklirtet gegen die Spekulation wende, so habe doch der Handel keineswegs die Tendenzen, die Preise ohne Rücksicht auf die vorhandenen Vorräthe zu beeinflussen. Wenn sich Frhr

Bermischtes.

Aus der Reichshauptstadt, 23. April. Der Verband deutscher Gewerbeleute in Männer, welcher 1886 gegründet wurde und zur Zeit über 500 Mitglieder aus allen Theilen Deutschlands, darunter eine Reihe von städtischen Magistraten, umfaßt, hält vom 24. bis 28. Mai d. Jg. in Berlin seine achte Wanderversammlung ab. Der Zweck des Verbandes: daß der Ausbildung des Gewerbestandes dienende niedere und mittlere Schulwesen Deutschlands zu fördern, wird durch die persönliche Annäherung aller auf diesem Gebiete beschäftigten Lehrkräfte und die Erörterung wichtiger Fragen auf den Verbundstagen, sowie durch das Organ des Verbandes, die „Zeitung für gewerblichen Unterricht“, angestrebt. Auch die als Gruppe des Verbandes im vorigen Jahre begründete Vereinigung deutscher Baugewerkschulmänner tritt gleichzeitig in Berlin zu ihrer ersten Warderversammlung zusammen. Zu den Sitzungen hat der Magistrat Räume im Rathause zur Verfügung gestellt. Auch ist die Annahme berechtigt, daß Leitende der Regierung Vertreter an der Versammlung teilnehmen werden.

Gehirnrat Prof. von Bergmann feiert am 24. d. Jg. Fest der silbernen Hochzeit.

Freib. von Hammerstein hat seine Vertheidiger, Rechtsanwälte Roßkell I und Dr. Schmid, unmittelbar nach Schluß der gegen ihn geführten Gerichtsverhandlung beauftragt, (wie schon gemeldet) gegen das Urteil Revision einzulegen. Das Richtsmittel wird sich auf die Vorrichtung des § 377 Abs. 8 der Strafprozeß-Ordnung stützen, wonach ein Urteil auf einer Verleugnung des Gesuches beruhend anzusehen ist, "wenn die Vertheidigung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte durch einen Beschluß des Gerichts unzulässig bestimmt worden ist." Wie man weiß, hat der Gerichtshof einen Antrag der Vertheidigung zweimal abgelehnt, welcher die Unzulässigkeit des Strafverfahrens gegen Hammerstein dorzuhannte, insoweit, als durch amtliche Auskunft des Auswärtigen Amtes über den Zeitpunkt der Zustellung des Auslieferungsvertrages an die italienische Behörde festgestellt werden sollte, daß die Bürler Straßeböde durch den Transport des Angeklagten von Aten nach Brindisi dort, auf italienischem Gebiet, einen unfehlbaren Aufenthalt Hammersteins schuf und dann die italienische Regierung veranlaßte, den Angeklagten, der bei ihr ein freiwilliges Abliegen nicht nachgesucht hatte, auszuliefern.

+ 5000 Mark für — Ahlwardts Reichstagmandat. Wir lesen im „Berl. Tag.“: Zur die Anerkennung seines Reichstagmandats ist dem Abgeordneten Ahlwardt eine . . . Abstandssumme von 5000 Mark angeboten werden. Die Wähler des bürgerlichen Mannes haben sich bis jetzt vergleichsweise demüthig, ihm zur Rückkehr oder zur Niederlegung seines Mandates zu bewegen, und so kam man denn, wie eine Korrespondenz meldet, auf den Einfall, ihm durch eine klingende „Entschuldigung“ den Bruch auf die Würde eines Reichstagsabgeordneten leicht zu machen. Dieser Verlockung wird der ehrliche Geldbedürftige wohl kaum widerstehen können. Nach Einschätzung der von einem Notar zu beauftragenden Bevollmächtigung und nach Bekanntmachung derselben im Reichstage

soll die Summe von 500 M. sofort von einem New Yorker Bankier an Ahlwardt ausgezahlt werden. Zu einer Erklärung über den Vorschlag ist ihm eine Bedenkzeit von 10 Tagen — nach Eintreffen des Briefes in Amerika — gegeben."

Lokales.

Posen, 24. April.

n. Vermißt wird der zwölfjährige Sohn Oskar des Mästers Seidel, Schützenstraße 26 wohnhaft. Das Kind, welches mit rothen Kleidchen und rot-schwarz farbter Schärze bekleidet ist, hatte sich gestern Nachmittag aus der elterlichen Wohnung entfernt und ist bis jetzt noch nicht zurückgekehrt.

* Ordensverleihungen. Dem Superintendenten a. D. und evangelischen Pfarrer Grüzmacher zu Schnedemühl ist der Kronen-Orden dritter Klasse, dem emeritierten Lehrer Konrad zu Brandenwerder, Kreis Kolmar, der Adler der Fabrik des Hauses-Ordens von Hohenzollern verliehen worden.

Aus der Provinz Posen.

V. Frankfurt, 23. April. [Sämtliche Fleischermeister von Frankfurt] hatten sich heute im fleischigen Rathausaal unter dem Vorstuhl des Bürgermeisters Simon versammelt, um die von dem Regierungskästchen im sanitären Institut beabsichtigte Einführung der zwangswilligen Schlachtobligation einerseits und einer anderenseits die geplante Maßnahme durch Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses aus dem Weg gegangen, da die Städte, wo ein solches besteht, von der Fleischzölle verschont bleiben.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 23. April. Geburtstagsfeier des Königs. Bei der heutigen Parade, welche glänzend verlief, führte der Kaiser dem König zweimal sein Grenadier-Regiment vor. Der Erzherzog Otto leitete das Garde-Reiterregiment. Die Königin und die Prinzessinnen wohnten der Parade vom Wagen aus bei. Bei der Ankunft auf dem Paradesfeld und bei dem Verlassen desselben wurden die Majestäten von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt. Die Bingen waren bei ihren Truppenehren eingetreten. — Die Entblößung des Bettino-Rossi hat im Beisein der königlichen Familie einen glänzenden Verlauf genommen. Der König sprach bei der Besichtigung dem Professor Schilling, der die Kolossalgruppen, Vergangenheit und Gegenwart, geschaffen hat, sowie den übrigen Künstlern seinen Dank aus. In das auf den König ausgebrachte Hoch stimmten die Anwesenden begeistert ein. — Um 6 Uhr fand in der Villa Strehlen eine militärische Tafel statt, an welcher der Kaiser und der König und die Prinzessin sowie der Erzherzog Otto teilnahmen. Im Residenzschloß fand gleichzeitig Marstalstafel statt.

Karlsruhe, 23. April. In Bretten konstituierte sich ein Verein

4. Klasse 194. Königl. Preuß. Lotterie.

Gebung vom 23. April 1896. — 6. Tag Vermittlung.

Für die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

57 141 56 (800) 88 265 510 66 654 855 1 118 253 319 78 (8000)
430 711 41 901 68 2 206 (500) 78 322 (500) 55 478 547 671 80 728
98 (800) 848 89 3 101 242 499 565 87 (1500) 90 740 848
(500) 49 4 021 55 (500) 57 (800) 90 98 165 729 982 5 085 180
679 851 918 21 6 084 89 360 466 (1500) 549 726 64 78 (8000) 865
981 7 062 147 72 268 93 878 93 450 78 929 8 005 42 49 208 427
559 (10 000) 61 (8000) 768 805 34 948 98 9 285 887 460 68 (8000)
506 (800) 28 41 88 644 798 825 938 46 (500)
10 089 302 734 (300) 889 (8000) 78 (5000) 11 011 59 (8000) 86
135 56 71 830 (800) 422 589 616 46 924 12 152 252 459 (800) 91
98 670 896 13 016 33 (500) 94 288 462 818 98 980 (1500) 14 181
359 400 91 510 52 718 91 818 944 15 663 720 16 005 9 11 828
27 505 619 795 (1500) 858 915 86 (8000) 47 80 17 074 81 89 194
358 865 972 18 072 163 68 888 468 (800) 96 794 870 961 19 140
79 276 461 80 518 818 44 91 948
20 383 418 589 899 981 21 028 82 271 821 22 008 112 420 81
507 944 23 079 (1500) 208 77 886 4 4 (1500) 557 745 846 929 88
49 80 24 128 56 66 281 509 9 615 32 715 820 55 70 25 118 89
231 41 59 893 451 539 78 83 757 88 868 26 300 489 (8000) 98 620
89 712 928 (500) 27 211 (500) 810 24 498 (8000) 518 27 60 88 72
720 962 28 008 96 109 48 (40 000) 214 80 624 28 868 86 29 197
887 (800) 453 55 63 581 84 40 748 95 884
30 036 472 561 795 877 98 979 31 178 75 256 477 84 87 560
621 69 992 32 0 086 (600) 101 70 (800) 2 63 77 82 303 416 80
510 80 57 641 98 725 810 944 (1500) 82 33 063 174 214 (500) 26
887 406 644 795 (1500) 928 34 018 184 240 72 577 810 (8000) 58
994 35 07 525 614 76 764 863 36 110 64 202 (800) 8 9 41 (1500)
51 419 83 35 84 562 621 98 805 912 37 115 222 546 (500) 95 761
827 38 199 862 (1500) 416 505 528 625 59 747 921 39 003 215 28
50 642 718 804 956
40 224 63 (500) 458 560 (1500) 65 606 65 89 717 41 042 58
118 72 869 476 582 739 (1500) 42 118 72 221 46 43 000 99 171
200 412 15 543 (500) 71 650 700 809 (8000) 68 44 017 107 9 248
443 521 84 808 96 45 030 59 64 161 29 4 6 500 627 72 80 (800)
65 51 (500) 46 124 (500) 654 (800) 803 40 47 019 89 418 81 961
48 070 107 42 2 1 8 6 77 411 48 580 50 (500) 692 88 956 81
49 08 78 (500) 190 22 2 8 2 89 320 55 (8000) 414 84 (8000) 563 66
70 681 (800) 710 55 251 65 (500)
50 04 242 81 420 509 92 702 20 980 78 51 122 286 320 (8000)
52 729 9 2 52 021 8 127 296 448 65 757 (800) 53 054 111 55
578 89 831 54 847 (8000) 64 (1500) 4 8 691 591 72 82 (800) 96
55 127 285 91 484 563 818 848 906 65 56 232 75 386 475 665 748
(8000) 65 957 57 157 270 440 41 (1500) 87 695 722 958 67 94
58 117 224 351 76 556 98 631 (1500) 790 851 940 59 07 353 478
551 769 98 940 (500) 60 90
60 044 63 207 46 85 387 548 (800) 59 75 (500) 77 707 85 950
61 084 197 (5000) 67 91 989 62 010 88 (1500) 171 284 558 762 81
942 (800) 63 012 118 9 503 614 88 53 98 777 64 029 78 166 (500)
845 51 76 92 855 65 248 89 400 27 88 537 639 711 89 66 071
116 28 95 208 426 65 573 84 74 70 67 072 263 701 45 79 99 855
68 272 396 437 98 601 767 74 981 52 (500) 88 98 69 995 57
559 780
70 308 68 716 71 389 685 715 812 19 26 917 72 025 27 89
215 60 (800) 818 404 17 527 58 746 49 73 058 216 98 (1500) 825
85 88 447 606 40 (500) 969 74 125 82 64 201 92 451 88 636 82 811
75 075 135 264 804 424 5 6 85 75 475 807 (1500) 90 (500) 942 76 089
112 38 93 367 (3000) 621 754 906 96 77 073 82 (500) 371 421 571
627 745 (500) 860 938 74 70 67 072 263 701 45 79 99 855
79 053 79 494 548 56 88 615 41 69
80 089 181 40 79 (8000) 221 596 663 867 981 81 078 108 50
233 41 62 302 5 59 466 500 810 101 32 45 805 409 518 720 83 082
284 560 614 (1500) 84 780 860 80 959 74 87 84 018 505 63 858
85 070 356 96 860 908 86 029 94 4 7 584 654 87 087 142 49 211
61 84 08 527 85 604 74 801 78 911 88 120 (500) 70 91 295 485 568
852 89 102 224 808
90 260 68 78 3 6 49 (3000) 182 74 718 52 875 910 28 91 019
175 205 77 3 5 459 87 601 703 64 909 92 026 216 54 (1500) 837 41
78 9 414 (1500) 43 637 726 92 908 95 93 020 (800) 97 155 284 811
547 740 68 (800) 839 959 94 212 25 661 810 95 480 632 (1500) 706
88 88 50 81 96 079 167 454 514 49 810 48 77 937 (500) 50 (800)
97 228 345 554 (800) 729 947 79 98 125 28 276 486 551 (500) 81
687 95 711 829 86 999 99 158 263 888 512 81 95 678 88 973
100 051 93 285 319 402 (800) 41 96 704 847 63 959 101 052
67 180 327 79 416 547 87 895 952 102 073 76 98 161 99 243 608
45 98 897 940 76 103 067 288 (800) 806 625 99 701 875 104 051
(500) 145 46 269 818 (500) 666 773 105 083 165 820 445 84 696
971 82 99 106 248 (1500) 57 27 826 48 947 107 004 23 827 83
42 93 439 37 82 552 676 705 16 7 833 91 93 108 018 255 184

zur Errichtung eines Melanchton-Denkmales. Die Grundsteinlegung desselben soll am 400jährigen Geburtstage des Reformators erfolgen.

Wien, 23. April. Abgeordnetenhaus. Bei der fortgesetzten Beratung der Wahlreform-Vorlage wurde der Antrag der Minorität, das allgemeine Wahlrecht zur Grundlage für die Spezialabstimmung zu nehmen, in namentlicher Abstimmung mit 174 gegen 61 Stimmen abgelehnt und mit noch größerer Majorität beschlossen, in die Einzelberatung des Regierungsentwurfs einzutreten. Dagegen stimmten nur einige Jungzöglinge, einige Antisemiten und die Abgeordneten Econawitzer und Bernstorfer. Ein von Steinwender eingebrachter Antrag auf Schluß der Sitzung wurde abgelehnt und die Spezialabstimmung beconnen.

Budapest, 23. April. Der internationale Journalisten-Kongress findet hier am 15. 16. und 17. April statt. Am 17. veranstaltet der Ministerpräsident Baron Banffy zu Ehren der auswärtigen Journalisten eine Soiree.

Die Polizei verbietet die Abhaltung der Arbeiter-Malteier.

Petersburg, 22. April. Fürst Ferdinand hat nachstehende Auszeichnungen verliehen: dem Fächer Lobanowr von den Alexander-Ordens erster Klasse mit Diamanten, dem Vorsteher des Synod-Pobjedonoszew, dem Bürgermeister von Petersburg Ratkov und dem General Tschernjakow jem den Alexander-Ordens erster Klasse, dem Redakteur des „Regerungsboten“ Slutchemsky Slutchemsky den Orden pour le mérite zweiter Klasse, den Redakteuren Sumorin der „Nowoje W.“ und Notowitsch von den „Nowost“ den Orden pour le mérite zweiter Klasse, außerdem noch einer Anzahl Offiziere den Alexander-Ordens niedrigerer Klassen.

Warschau, 23. April. General-Gouverneur Schwallow ist wiederum nach Petersburg berufen worden, wo er angeblich das Hofministerium übernommen übernommen soll. Als Nachfolger Schwallows wird ein Bruder des Ministers Goromlykin genannt.

Madrid, 23. April. Der „Heraldo“ bestätigt, daß Canovas das Gerücht von Friedensverhandlungen mit Cuba für unbegründet erklärt.

London, 23. April. [Unterhaus.] Der Untersekretär des Auswärtigen Curzon erklärt, die Unterhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika betreffend Venesuela dauern fort, es sei nicht ratsam, jetzt Erklärungen darüber abzugeben. Die Gerüchte von einem angeblichen Vertrag zwischen Russland und China seien von den Zeitungen vorsätzlich und exaktiv worden; die Regierung bestre

welche die Kammer auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes bestätigte zu verschaffen. Lebendig berichtigt Verfolgung der Bevölkerung, das Ministerium seine Entlassung gegen habe. (Große Union.) Dieser Bericht ergab mit 283 gegen 268 Stimmen bestätigt. Es wurde sich eine Tagesordnung eingebrochen. Goblet schlägt sich denjenigen Richard an, welche solchen Vorwurf hat: "Die Deputiertenkammer bestand von Neuen die Verbündeten der Einheitlichen des allgemeinen Stimmrechtes und ihrer Erneuerung, ihre Föderation der österreichischen Reformen zu verfolgen." Der erste Theil dieser Tagesordnung bis einschließlich der Worte "des allgemeinen Stimmrechtes" wird mit 309 gegen 38 Stimmen, der zweite Theil mit 417 gegen 37 Stimmen angenommen. (Vorläufige Berichtigung.) Über die ganze Tagesordnung wird nunmehr abgestimmt; sie wurde mit 258 Stimmen angenommen. Logen sind wie Niemand. (Erfolgt.) Mehrere Anträge bez. Verfassungsänderungen wurden eingebrochen und einer Kommission überwiesen. Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen und die nächste auf Dienstag anberaumt.

Richard, dessen Tagesordnung angenommen ist, nicht der Justizminister, sondern der Deputierte der Côte d'Or.

Senat. Im Namen der Finanzkommission setzt Grand-Chambon Bericht ab, welcher die Annahme der ganzen Maßnahmen bestätigt. Die Verabsiedlung wird auf vorgenommen berichtet, die Sitzung geschlossen.

Paris, 23. April. Die Verabsiedlung der Minister im Etat war nur von kurzer Dauer. Präsident Faure nahm die Demission des Kabinetts an und wird morgen die Verhandlungen betrifft. Bildung des neuen Ministeriums aufnehmen. In den Kommercioirs herrscht die Ansicht vor, Präsident Faure müsse infolge des Karlsruher Beschlusses zu einem radikalen Kabinett greifen; eine Kombination Petrol-Saintien wird mehrfach für wahrscheinlich bezeichnet.

Paris, 23. April. An der definitiven Abstimmung der Deputiertenkammer über die Tagesordnung Richard, welche, wie gewollt, mit 258 Stimmen gegen keine angenommen wurde, nahmen die gemäßigten Konservativen nicht Theil. Da konstatiert wurde, daß das Haus während der Abstimmung nicht beschlußfähig war, so wurden die Unterzeichner des Antrages in namentlicher Abstimmung als anwesend und das Resultat der Abstimmung als rechtmäßig erklärt. Die Sozialisten und Radikalen äußerten laut ihre Befriedigung über den Beschuß. Viele erklären, Goblet müsse auf Grund des Beschlusses der Kammer mit der Bildung des Kabinetts betraut werden. Die Gewählten finden, der Beschuß biete dem Präsidenten nur einen unsicheren Fingerzeig.

Telephonische Nachrichten

Berlin, 24. April, Vormittags.

Der "Norbd. Allg. Blg." wird bestätigt, daß von den preußischen Staatsbahnen mit der Würtemberger, glichen wegen Fahrerleichterung zu der Berliner Gewerbe-Ausstellung Verhandlungen angeknüpft sind.

"Das. Berl. Blg." meldet aus Dresden: Die freizeitenden Brüder arbeiten zu Stolzenau fürzeln mit Knüppeln bewaffnet in das Baubureau und verlangten Lohnverhöhung. Die Gendarmerie fand Widerstand. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

London, 24. April. Die Admiralsität ordnete den Bau von 20 neuen Torpedoboote-Berstörern an.

London, 24. April. Prinz Heinrich von Preußen ist gestern von Southampton auf der Yacht "Experiance" nach Kiel abgeleitet.

Athen, 23. April. Die Leichenfeier für Trikupis gestaltete sich in einer großartigen Kundgebung. Der König, die Prinzen und das diplomatische Corps, sowie etwa 40 000 Personen nahmen daran Theil.

Produkten- und Börsenberichte.

Bremen, 23. April. (Börsen-Schlüsselbericht) Raffinerie-Petrolier. (Offizielle Notierung der Petroleum-Börse) Rubig.

London, 23. April. Russisches Petroleum, loko 5,40 M.

Schmalz, Rubig, Wilcox 27^{1/2} Pf., Armour shield 27 Pf., Tubby 28 Pf., Choate Grocery 28 Pf., White label 28 Pf., Fairbanks 28^{1/2} Pf.

Spec. Rubig. Short clear middling loko 25^{1/2}, Pf.

Kaffee fest.

Reis rubig.

Sauermilch. Fester. Uppland middl. loko 41^{1/2}, Pf.

Tabak. 171 Sennar Carmen.

Hamburg, 23. April. (Schlüsselbericht) Kaffee. Good average Santos vor Mat 67^{1/2}, vor Sept. 68^{1/2}, vor Dez. 59^{1/2}, vermutet.

Hamburg, 23. April. (Schlüsselbericht) Buttermarkt. Rübader I. Produkt Was 88 pcf. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg, vor April 12,72%, vor Mat 12,75, vor Juli 12,97%, vor August 13,10, vor Dez. 11,92%, vor März 12,07%. — Behauptet.

Paris, 23. April. (Schlüsselbericht) Rübader ruhig, 88 Broz. loko 32^{1/2}, à 32%. — Weißer Butter behauptet, Nr. 8, vor 100 Pflogr. vor April 33^{1/2}, vor Mat 34, vor August 34^{1/2}, vor Januar 32^{1/2}.

Paris, 23. April. Getreidemarkt. (Schlüsselbericht) Weizen ruhig, per April 18,30, per Mat 18,50, per Mat-August 18,55, per September-Dezember 18,30. — Roggen ruhig, per April 10,40, per September-Dezember 10,75. — Weißer ruhig, per April 39,80, per Mat 39,40, per Mat-August 39,70, per September-Dezember 40,15. — Rübbel beh., per April 54^{1/2}, per Mat 52^{1/2}, per Mat-August 52, per September-Dez. 51^{1/2}. — Spiritus beh., per April 31^{1/2}, per Mat 31^{1/2}, Mat-August 32, per Sept.-Dez. 32. — Weiter: Bewölkt.

Habre, 23. April. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in New York Schloß mit 5 Points Haufe.

No 4000 Sac, Santos 3000 Sac, Recettes für 2 Tage.

Habre, 23. April. (Teleg. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee good average Santos p. Mat 80,75, vor September 78,50, vor Dez. 74,75. — Behauptet.

Amsterdam, 22. April. Java-Kaffee good ordinary 51^{1/2}.

Amsterdam, 23. April. Bancazinn 36.

Amsterdam, 23. April. (Getreidemarkt) Weizen auf Termine fest, do. per Mat 156, do. per Novr. 157. — Roggen loko, do. auf Termine fest, do. per Mat 101, do. per Juli 99, do. per Oktober 103. — Rübbel loko —, do. per Mat —, do. per Herbst —.

Antwerpen, 23. April. Petroleummarkt. (Schlüsselbericht) Raffinerie Type weiß loko 15^{1/2} bez. u. Br. per April 15^{1/2}, Br. per Mat 15^{1/2}, Br. ruhig.

Schmalz per März 85^{1/2}. Margarine ruhig.

Antwerpen, 23. April. [Getreidemarkt] Weizen behauptet.

Roggen behauptet. Hafer fest. Gerste fest.

London, 23. April. Chitt Cupfer 44^{1/2} pr. 3 Monat 45^{1/2}.

London, 23. April. An der Kiste 5 Weizenabnungen angeboten.

Weiter: Regenschauer.

Glasgow, 22. April. Rohessen. (Schluss) Mizel numbers warrants 46 lb. 1^{1/2}, b.

Berlin, 24. April. Wetter: Nachis Regen.

Newyork, 23. April. Weizen per April 74^{1/2}, vor Mat 71^{1/2}.

Berliner Produktenmarkt vom 23. April.

Die feste Haltung, die sich hier schon gestern, recht flauen Einflüssen gegenüber Geltung zu verschaffen wußte, hat unverkennbar auch heute die Herrschaft im Getreidehandel behauptet, und da sonstige Anregung nicht vorliegt, wird man es wohl dem schon wieder etwas ruhiger gewordenen Wetter zuschreiben dürfen, daß die Verkäufer in trockner Burückhaltung verbarsten und die recht bescheidene Kauflust nötigten, die erhöhten Forderungen zu bewilligen. Der Umsatz war freilich recht schwach, aber Weizen hat es doch zu einer nicht ganz geringen Ausbefferung im Werthe gebracht. Roggen zeigt nur ganz geringen Fortschritt, obwohl das Angebot von Ware der Nachfrage nicht ebenbürtig ist. Für Hafer wurde an etwas erhöhten Forderungen festgehalten, doch kam es nur zu vereinzelten Abschlüssen. Rübbel hat sich nicht verändert, der Verkehr blieb aber ganz beschränkt. Das Geschäft in Spiritus ist fortwährend ganz ohne Bedeutung, der Preisstand zeigt keine Veränderung.

Weizen loko fester. Termine besser bezahlt. — Roggen loko mehr beachtet, Termine etwas fester. — Mais loko und Termine behauptet. — Hafer loko behauptet, Termine etwas höher gehalten. — Roggen mehr etwas fester. — Rübbel unverändert. — Petroleum still. — Spiritus ruhig.

Weizen loko 150—165 M. nach Qualität gefordert, Mat 155,50—156,75 M. bez., Juni 156—153,25 M. bez., Juli 155,25 bis 155,50 M. bez., September 153,25—152,75—153 M. bez.

Roggen loko 118—122 M. nach Qualität gefordert. Mat 119,50 M. bez., Juni 121 M. bez., Juli 122,25—122,50—122,25 M. bez., September 123,50—123,75—123,50 M. bez.

Mais loko 89—94 M. nach Qualität gefordert, Mat 89,50 bis 90,00 M. bez., Juni 91,00 M. bez., Juli 92,00 M. bez., August 93,25 M. bez., September 93,50 M. bez.

Gerste loko per 1000 Kilogramm 110—170 M. nach Qual.

gesfordert. Hafer loko 115—145 M. per 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, mittel und guter ost- und westpreußischer 117—128 M. bez., bo pommerscher, uedermärkischer und mecklenburgischer 118 bis 129 M. bez., feiner preußischer, mecklenburgischer und vordermerdiger 130—136 M. ab Bahn bez., Mat 120,00 M. bez., Juni 121,25 M. bez., Juli 122,50 M. bez.

Erbelen. Kochware 143—160 M. per 1000 Kilogr. Futterware 119—131 M. per 1000 Kilogr. nach Qual. bez., Vittoria-Erben 145—160 M. bez.

Medl. Weizenmehl Nr. 00: 21,00—18,75 Mark bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,00 M. bez., Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,25, bis 15,50 M. bez., April 16,10 M. bez., Mat 16,15 M. bez., Juli 16,40 M. bez.

Rübbel loko ohne Fäss 44,8 M. bez., Mat 45,8 M. bez., Oktober 46 M. bez.

Petroleum loko 19,60 M. bez., April 19,60 M. bez., Ott. 20 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabekilo ohne Fäss — M. bez., unversteuert zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Fäss 32,8 M. bez., Mat 39,4—39,2—39,3 M. bez., Juni 38,8—38,7 M. bez., Juli 38,9 M. bez., August 39,1 M. bez., September 39,2—39,1—39,2 M. bez., Oktober 39,1—39,0 M. bez.

Kartoffelmehl April 14,25 M. bez.

Kartoffelfäcke, trocken, April 14,25 M. bez. (M. R.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 Mk. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österl. W. = 1,70 M. 7 Gulden südl. = 12 M. 1 Gulden hell. W. = 1,70 M. 1 Francs, 1 Lira oder 1 Peseta = 0,80 M.

Bank-Discountwechsel		23. April
Deutsche	Argent.	20,42 G.
Frances-Stück	16,6 M.	4,18 ^{1/2} M.
Gold-Collars	4,18 ^{1/2} M.	
Amerik. Net. Dollars	20,44 ^{1/2} M.	
Engl. Net. 1 Pf. Sterl.	20,44 ^{1/2} M.	
Frank. Net. 100 Frs.	81,20 G.	
Oest. Not. 100 Fl.	81,20 G.	
Russ. Not. 100 R.	170,10 M.	
Russ. Not. uit. April.	216,60 M.	
de. de. de. Mai...		

Gold, Banknoten u. Coupons.

Gold, Banknoten u. Coupons.		24. April
Deutsche	20,42 G.	
Frances-Stück	16,6 M.	
Gold-Collars	4,18 ^{1/2} M.	
Amerik. Net. Dollars	20,44 ^{1/2} M.	
Engl. Net. 1 Pf. Sterl.	20,44 ^{1/2} M.	
Frank. Net. 100 Frs.	81,20 G.	
Oest. Not. 100 Fl.	81,20 G.	
Russ. Not. 100 R.	170,10 M.	
Russ. Not. uit. April.	216,60 M.	
de. de. de. Mai...		

Deutsche Fonds u. Staatspap.

Deutsche Fonds u. Staatspap.		23. April
Deutsche	Argent. Anl...	59,80 M.
de. de.	de. 1888	52,50 M.
de. de.	de. 1889	106,80 B.
de. de.	de. 1890	105,40 B.
de. de.	de. 1891	105,10 G.
de. de.	de. 1892	104,60 G.
de. de.	de. 1893	104,20 G.
de. de.	de. 1894	103,80 G.
de. de.	de. 1895	103,40 G.
de. de.	de. 1896	103,00 G.
de. de.	de. 1897	102,60 G.
de. de.	de. 1898	102,20 G.
de. de.	de. 1899	101,80 G.
de. de.	de. 1900	101,40 G.